

Protokoll Politikerwoche Gespräch mit Heidrun Dittrich (Die Linke) und Mitarbeiterin Ulrike Gruhl  
27.06.2013 – Deutscher Bundestag – Jakob-Kaiser-Haus  
anwesend: Eva-Maria Meckel, Hanin Ibrahim, Johannes Mann, Ole Fabricius

### **kurze Vorstellungsrunde**

#### **Bundesfreiwilligendienst**

- Dittrich erklärt, dass die Linke den BFD von Beginn an abgelehnt habe. Die frei gewordenen Gelder aus dem Zivildienst hätten in den Ausbau der bestehenden Jugendfreiwilligendienste investiert werden sollen, statt einen konkurrierenden neuen aufzubauen.

#### **Arbeitsmarktneutralität**

- Der fünfte Bundessprecher, Crispin Deppe, kann bei der Politikerwoche nicht anwesend sein, da er von seiner Einsatzstelle gebraucht wird. In einigen Einsatzstellen werden die Freiwilligen als vollwertige Arbeitskraft gesehen. Wir sehen die Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten gefährdet, wenn einige Stellen existenziell auf die Arbeit der Freiwilligen angewiesen sind. Dafür haben wir einige Beispiele genannt.

- Frau Dittrich stellte klar, dass sie das gesamte System der Jugendfreiwilligendienste nicht für arbeitsmarktneutral bezeichnen kann: In vielen Betrieben fehlten Fachkräfte, stattdessen gebe es viel mehr Freiwillige, die arbeiten. Die Bedingungen seien prekär und durch den Status der Freiwilligkeit sei es den Freiwilligen nicht einmal erlaubt zu streiken, wenn sie den Arbeitsbedingungen nicht zustimmen – sie würden dann wohl direkt gekündigt. Sie riet uns, wir sollten uns in Gewerkschaften organisieren, um – da wir quasi Arbeitnehmer seien – dieselben Rechte zu erhalten wie Arbeitnehmer. Gewerkschaften könnten bei Problemen beispielsweise bei der Vermittlung zwischen Freiwilligem und Anleiter in der Einsatzstelle helfen.

- Anmerkung von uns, dass dann die Freiwilligendienste ja überhaupt nicht mehr arbeitsmarktneutral wären, wenn wir uns durch den Eintritt in Gewerkschaften mit Arbeitnehmern gleichsetzen lassen. Wir schlugen vor, eher zu versuchen, bestehende Bedingungen zu verbessern und Freiwilligendienste weiter als solche bestehen zu lassen. Geschehen könnte dies durch Sprechersysteme in allen Freiwilligendiensten:

#### **Sprechersysteme in den Freiwilligendiensten**

- Wenn es Probleme in Einsatzstellen gibt, sollten sich die Freiwilligen – neben dem Träger oder der Einsatzstelle- an neutrale Personen wenden können, um das Problem zu lösen. Die Sprecher sind dafür unserer Meinung nach ein geeigneterer Ansprechpartner als die von Frau Dittrich vorgeschlagenen Gewerkschaften, da die Freiwilligen Freiwillige bleiben und nicht mit Arbeitnehmern gleichgesetzt werden sollen. Wir wollen, dass alle Freiwilligen diese Möglichkeit erhalten. Sprecher soll es nicht nur für die Vermittlerrolle bei Problemen geben, sondern vor allem auch, um Demokratie und Möglichkeiten der Mitgestaltung zu fördern. Wir sprachen außerdem die von Sönke Rix (SPD) vorgeschlagene Ombutstelle an.

- Frau Dittrich stimmte zu, dass Demokratisierung wichtig sei und der Auf- und Ausbau der Sprechersysteme gefördert werden solle. Letztendlich sei es aber notwendig, die Bedingungen so zu verändern, dass Freiwillige wirklich auch gute freiwillige Dienste leisten können, ohne wie Arbeitnehmer behandelt zu werden. Sie betont weiterhin, es müsse viel mehr Fachkräfte geben, die

die Hauptarbeit leisten; Freiwillige sollen nur zuarbeiten und keine vollen Arbeitskräfte ersetzen. Erst, wenn das gewährleistet ist, seien Freiwilligendienste wirklich freiwillig und sinnvoll. Jetzt würden sie vor allem der Wirtschaft nutzen und sozialstaatliche Leistungen minimieren und ersetzen. Die Ombudstelle sieht Frau Dittrich nicht als Lösung, da eventuell nicht alle Freiwilligen davon erfahren oder sich trauen, diese zu nutzen. Sie rät, dass wir uns auch als Sprecher Unterstützung von den Gewerkschaften holen und mit denen zusammen arbeiten könnten.

- Wir sprachen die Problematik an, dass viele mit dem Amt des Bundessprechers nur eine "Art" Klassensprecherrolle verbinden und nicht die politischen Möglichkeiten im Hintergrund erkennen. Auch kritisierten wir, dass die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten nicht ausreichen.

- Johannes sprach das sich gerade im Aufbau befindende Sprechersystem im FSJ Sachsen an und fragte, wie dieses denn beispielsweise unabhängig vom Staat finanziert werden könne.

- Frau Dittrich verwies auch hier wieder auf die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation, oder einen FÖJ Verein, wie den FÖJ aktiv e.V., der auch Kontinuität in das ganze bringen würde.

### **Partizipationsmöglichkeiten**

- Wir erläuterten Frau Dittrich die momentane Situation, dass wir immer noch nicht darüber informiert wurden, wie genau das Ergebnis der Klausurtagung Freiwilligendienste aussieht, die nun über einen Monat her ist. Wir haben mehrfach versucht an Informationen eine offizielle Antwort heranzukommen, haben aber leider noch keinerlei Reaktion bekommen. Ein Gesprächstermin mit Herrn René Weingärtner (BMFSFJ) wurde uns ohne Nennung von Gründen abgesagt, nachdem auch schon ein Telefontermin abgesagt wurde und Mails nicht beantwortet wurden.

Wir kritisierten, dass der mangelnde Informationsaustausch ein generelles Problem darstellt, da wir fast ausschließlich damit beschäftigt sind, überhaupt erst an Informationen zu kommen, was auf politischer Ebene passiert und geplant ist, sodass wir kaum inhaltlich arbeiten können. Wir stellten klar, dass wir als Bundessprecher nicht das Ende der Informationskette sein wollen, sondern Informationen aus dem FÖJ weiterreichen möchten an zuständige Akteure, wie das BMFSFJ.

- Frau Dittrich war sehr erstaunt über die bestehenden Verhältnisse und versprach, sich über das Ergebnis der Tagung zu informieren und uns die Informationen weiterzuleiten.

### **Taschengelder/Pauschalen**

- Wir plädierten für eine Taschengelduntergrenze, da es ja auch eine Obergrenze gibt (um die Arbeitsmarktneutralität zu wahren, damit man nicht zu viel erhält), damit jeder die Möglichkeit hat, einen solchen Dienst zu leisten – unabhängig von der finanziellen Situation jedes Einzelnen.

- Frau Dittrich ist der Meinung, Freiwillige sollten genauso viel „Lohn“ erhalten, wie Hartz IV Empfänger und ihre Interessen durch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften vertreten können.

### **Anerkennungskultur**

- Wir kritisierten die mangelnde Anerkennung von Freiwilligendiensten in der Gesellschaft im Vergleich zu Bundeswehr und Zivildienst damals. Gerade, da es sich um freiwillige Arbeit handelt, braucht es mehr Anerkennung. Zum Beispiel müsste der neue Freiwilligenausweis viel bekannter sein. Oft gibt es Schwierigkeiten, Ermäßigungen zu erhalten, weil der Ausweis nicht bekannt ist. Länder und Bund schieben hierbei die Verantwortung leider immer nur hin und her, statt sich direkt darum zu kümmern. Wir sprachen auch noch kurz die Rundfunkgebührenbefreiung an und baten darum,

eventuell eine Anfrage an die Bundesregierung zu stellen. Dabei bat Nani noch einmal, sich auch wegen der Klausurtagung Freiwilligendienste zu erkundigen.

- Frau Dittrich sieht auch ein Problem in der Anerkennung der Freiwilligendienste, weitete dieses jedoch dahingehend aus, dass Freiwillige Arbeitskräfte ersetzen und deshalb auch nicht als Freiwillige anerkannt werden. Es müsse sich grundlegend etwas in Sachen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ändern, damit wir von Freiwilligen sprechen können, die sich orientieren oder einen gesellschaftlichen Beitrag leisten wollen, statt Fachkräfte zu ersetzen und dann keine Übernahme zu bekommen. Sie sicherte uns zu, solche Anfragen zu stellen.

Zum Schluss gaben wir ihr die neue Ausgabe der FÖJ Zeitung Pustebume und erklärten, wie wichtig es für uns ist, unsere Arbeit transparent darzustellen und allen Freiwilligen eine Plattform für Austausch und Ideen zu geben, um auch die Meinungen der einzelnen in unsere Arbeit mit einbeziehen zu können.